

SPD-Kreistagsfraktion
Albert Hingerl
Fraktionssprecher
Bgm.-Deffner-Str. 16
85586 Poing

Poing, 1.2.16

Herrn
Landrat Robert Niedergesäß
Landratsamt Ebersberg
Eichthalstr. 5
85586 Ebersberg

Aktuelle Berichterstattung und Aussprache zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern im Landkreis Ebersberg

Antrag:

Der Landrat wird gebeten, die derzeitige Berichterstattung bzw. Kommunikation über den aktuellen Sachstand der dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern im Landkreis durch eine regelmäßige Einbeziehung der Kreisräte und Kommunen deutlich zu verbessern.

Begründung:

Die Unterbringung von Asylbewerbern findet in den einzelnen Gemeinden statt. Die gesetzliche Zuständigkeit liegt dabei nicht bei den Kommunen, sondern ist ausschließlich eine staatliche Aufgabe, die konkret von den Landratsämtern wahrgenommen wird.

Insofern laufen naturgemäß im Landratsamt alle notwendigen Informationen zusammen, um die dezentrale Unterbringung in den Gemeinden in die Wege leiten zu können.

Um eine schnelle Unterbringung nach dem sog. Königsteinerschlüssel zu gewährleisten, hat der Bundesgesetzgeber aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen den Kommunen faktisch das Recht auf die eigene Planungshoheit entzogen, d.h. eine geregelte Ortsentwicklung außer Kraft gesetzt.

Dieser Zustand ist für die Gemeinden, die vor Ort die tatsächliche Last der Unterbringung und die Aufgabe der notwendigen Integration tragen, unbefriedigend.

Die Gemeinden haben de facto nichts zu sagen, müssen aber die Unterbringung oftmals in suboptimalen Unterkünften hinnehmen bzw. sind aufgefordert selber Vorschläge für die Unterbringung zu machen.

Bei den anerkannten Asylbewerbern sieht die Sache dann ganz anders aus. Im Rahmen der Obdachlosenunterbringung haben die im Ort wohnhaften und anerkannten Flüchtlinge einen Rechtsanspruch gegenüber den Gemeinden zur Unterbringung.

Eine annähernd erfolgreiche Integration und Unterbringung ist jedoch nur möglich, wenn der bestehende Informationsaustausch für alle Beteiligten unverzüglich und deutlich verbessert wird.

Diese Maßnahme bewirkt auch eine höhere Akzeptanz bei den Bürgern und dient dem sozialen Frieden in der Gemeinde.



Albert Hingerl
Fraktionssprecher